

SCHMIDT's EKKE



Ausgabe 3 — April 2014

Kontakt



Matthias Schmidt, MdB

Wahlkreisbüro

SchmidtsEkke
Ekkehardstraße 1
12437 Berlin
Telefon: 030 53 60 99 50
Fax: 030 53 60 99 49
Mail: matthias.schmidt@bundestag.de

Öffnungszeiten Schmidts Ekke

Montag: 11 bis 17 Uhr
Dienstag: 9 bis 15 Uhr
Mittwoch: 9 bis 17 Uhr
Donnerstag: 9 bis 15 Uhr
Freitag: 9 bis 15 Uhr
Samstag: 10 bis 13 Uhr

Bundestagsbüro

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 22 77 48 33
Fax: 030 22 77 68 35
Mail: matthias.schmidt@bundestag.de

Inhalt

Mehr Angriffe von Nazis	Seite 2
Fonds Heimkinder Ost	Seite 2
10.000 neue Straßenbäume	Seite 3
Im Gespräch mit Arbeitslosen	Seite 3
Blumen für Treptow-Köpenick	Seite 3
Mietpreise? Bremsen!	Seite 4
Klaus Ulbricht zu Gast in Schmidts Ekke	Seite 4

Der flächendeckende Mindestlohn kommt!

Ab dem 1. Januar 2015 haben alle in Deutschland beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer grundsätzlich den Anspruch auf einen Stundenlohn von mindestens 8,50 Euro. In der Übergangszeit vom 1. Januar 2015 bis zum 31. Dezember 2016 bleiben allerdings tarifvertraglich festgelegte Abweichungen erlaubt. Ab dem 1. Januar 2017 gilt der allgemeine gesetzliche Mindestlohn ohne jede Einschränkung.

Die Höhe des Mindestlohns wird künftig in regelmäßigen Abständen - erstmals zum 1. Januar 2018 - von einer Kommission der Tarifpartner (je drei VertreterInnen von den Gewerkschaften und den Arbeitgeberverbänden) überprüft, gegebenenfalls angepasst und anschließend über eine Rechtsverordnung fixiert. Damit wird weiterhin auf die Tarifpartnerschaft gesetzt und ein politischer Mindestlohn ausgeschlossen. Über ihre Arbeit entscheidet die Kommission weitgehend selbst.

Ausnahmen

Aus der Geltung für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ergibt sich, dass ehrenamtliche Tätigkeiten nicht betroffen sind. Auch Ausbildungsverhältnisse fallen nicht in den Geltungsbereich, ebenso PraktikantInnen, die vor der Ausbildung ein kurzes Orientierungspraktikum machen oder die ein Praktikum ableisten, zu dem sie im Rahmen einer Schul-, Ausbildungs- oder Studienordnung verpflichtet sind. Zu-

dem soll der Mindestlohn niemanden von einer Ausbildung abhalten, weshalb auch ungelernete Jugendliche bis zum 18. Lebensjahre ausgeschlossen sind. Auch Menschen, die zuvor lange arbeitslos waren und die mit Eingliederungszuschüssen den Sprung in den ersten Arbeitsmarkt schaffen sollen, wollen wir diese Chance nicht verbauen. Für diese Gruppe findet der Mindestlohn erst nach sechs Monaten Anwendung.

Wie geht's nun weiter?

Unsere Arbeitsministerin Andrea Nahles plant den Gesetzesentwurf im April in das Bundeskabinett einzubringen. Von dort geht er in den Bundestag. Die erste Lesung könnte in der ersten Juniwoche im Plenum stattfinden, die Schlusslesungen am 4. Juli. Nach der Sommerpause würde dann die Beratung und Beschlussfassung im Bundesrat erfolgen. So schaffen wir es das Gesetz rechtzeitig zu beschließen und Millionen von ArbeitnehmerInnen endlich einen fairen Lohn zu garantieren.

In den kommenden Monaten wird die SPD darauf achten, dass dieser flächendeckende gesetzliche Mindestlohn nicht durch die CDU/CSU aufgeweicht wird. Weitere Ausnahmen, beispielsweise für Ostdeutschland wären nicht akzeptabel.

Ihr
Matthias Schmidt



Mehr Angriffe von Neonazis

Bericht des Register Treptow-Köpenick erschienen

24. Juni 2013: In der Nacht vom 23. auf den 24. Juni wird ein türkischstämmiger Mann in der Schnellerstraße von einem 20-jährigen Mann mit einem Baseballschläger angegriffen. Er erleidet eine Platzwunde am Kopf. Der Täter wird durch die Polizei festgenommen

Das Register Treptow-Köpenick hat den Jahresbericht 2013 veröffentlicht. Insgesamt 214 Vorfälle konnten dokumentiert werden. Im Jahr 2012 waren es 220. Besonders dramatisch ist dabei der starke Anstieg von Angriffen auf Bürgerinnen und Bürger. In 13 Fällen wurden politisch engagierte Menschen angegriffen. Rassistisch motiviert waren drei Angriffe. Zwei Angriffe richteten sich gegen Lesben und Schwule. Der größte Teil der Angriffe ereigneten sich rund um den S-Bahnhof Schöne-weide.

Auch von den sonstigen Vorfällen, beispielsweise rechte Propaganda, wurden sehr viele in dieser Region registriert. In Oberschöneweide konnten insgesamt 24 Vorfälle beobachtet werden. In Niederschöneweide 45 Vorfälle und in Johannisthal 62 Vorfälle.

Auffällig ist auch, dass die rechte Szene sich weniger durch eigene Aktionen hervor tut. Die Zahlen sprechen dafür, dass sich Teile der rechten Szene an den Aktivitäten und den Akteuren demokratischer Initiativen abarbeitet.

22. Oktober 2013: Bei der Essensausgabe der Tafel in der Bahnhofsstraße werden eine Frau und ihr Kind rassistisch beschimpft. Die Täterin konnte nur durch das Eingreifen einer weiteren Anwesenden gestoppt werden. Der Vorfall wird von weiteren Personen stillschweigend beobachtet.

Auch die beiden Vorordneten der NPD in der Bezirksverordnetenversammlung zeichneten sich durch rechtsextremistische und menschenverachtende Äußerungen aus. So wurde von Fritz Liebenow beispielsweise gefragt, ob AsylberwerberInnen bei Ihrer Ankunft in Deutschland entwaffnet werden würden. Ebenso wurden Flüchtlinge durch seine Behauptung diffamiert, sie würden an Einkaufszentren betteln.



Mitte November: An einem Verkehrsschild in der Tabbertstraße wird ein großes Hakenkreuz gesprüht.

Im Rahmen der notwendigen Einrichtung weiterer Unterkünfte für Schutzsuchende Flüchtlinge wurden Rechtsextremisten immer wieder aktiv. Im Allende-Viertel wurden Aufkleber geklebt. Und auch in Adlershof, wo am 1. Juni eine neue Unterkunft erstmals bezogen werden wird, wird Angst geschürt.

■ LD

Klar positionieren gegen Rechts können Sie sich am 24. Mai beim Fest für Demokratie am Bahnhof Schöne-weide. Das Straßenfest beginnt um 13 Uhr.

Fonds Heimkinder Ost Meldefrist eingeführt

Der Hilfsfonds für ehemalige DDR-Heimkinder, die staatliches Unrecht erleiden mussten, wird aufgestockt. Mit dem Fonds kann Betroffenen Hilfe gewährt werden, soweit durch die Heimerziehung heute noch Traumatisierungen, andere Beeinträchtigungen und Folgeschäden bestehen. Darüber hinaus sollen Betroffene dabei unterstützt werden, ihre Zeit der Heimunterbringung aufzuarbeiten. Auch in Fällen, in denen es aufgrund seinerzeit nicht gezahlter Sozialversicherungsbeiträge zu einer Minderung von Rentenansprüchen gekommen ist, hilft der Fonds.

Bis zum 30. September 2014 können Ansprüche geltend gemacht werden. Bis zu diesem Tag sollten sich Betroffene in den regionalen Anlaufstellen gemeldet haben. Bei der Bearbeitung helfen die Fachkräfte der Berliner Anlauf- und Beratungsstelle für ehemalige Heimkinder in der Fregerstraße 38A in 12161 Berlin.

■ KAZ

Quiz

Welches Team besuchte Matthias Schmidt im März?

- a) Die Sportler und Sportlerinnen der Paralympics in Sotschi
- b) Die Volleyballerinnen des KSC
- c) Die Fußballmannschaft des Deutschen Bundestages

Ihre Antwort per Mail an : matthias.schmidt@bundestag.de

Unter den richtigen Antworten verlosen wir 3 x 1 Fußball

Einsendeschluss: 27. April 2014

Rote Sonnenblumen für Treptow-Köpenick kostenlos bestellen, aussäen und genießen

Es wird warm, die Sonne scheint. Es ist an der Zeit Blumen zu pflanzen, den Balkon herzurichten und das neue Grün zu genießen. In diesem Jahr könnten auch rote Sonnenblumen dabei sein.

Eine Aktion von Matthias Schmidt macht es möglich. Bestellen Sie Ihre Samen für die besonderen roten Sonnenblumen. Dann müssen diese nur noch ausgesät und gut gegossen werden. Die Blumen sollten circa 5-6 Stunden am Tag Sonne haben.

Wie kommen Sie an die Samen?

Einfach kostenfrei bestellen oder abholen bei:

Schmidts Ekke
Ekkehardstraße 1
12437 Baumschulenweg
Telefon: 53 60 99 50
Mail: matthias.schmidt@bundestag.de

Sie meinen Ihre Blume sei die Schönste? Lassen Sie uns ein Bild zu kommen. Es warten attraktive Preise auf Sie.

■ LD



Bild: Matthias Schmidt

Im Gespräch mit Arbeitslosen

Seit knapp drei Jahren laden die Arbeitsgemeinschaften für Arbeitnehmerfragen (AfA) und der Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG) jeden Monat zum Arbeitslosenfrühstück.

Diskutiert wird über unterschiedlichste Themen. Mal wird über den ALG II-Regelsatz diskutiert, mal über das Jobcenter Treptow-Köpenick. Es ist ein Ort, an dem Probleme direkt angesprochen, ausdiskutiert und hilfeschuchende Menschen nicht allein gelassen werden.

Nicht nur Arbeitslose sind willkommen, alle sind herzlich eingeladen gemeinsam die Probleme anzugehen.

■ LD

**Das nächste Frühstück ist am
Samstag, 12. April 2014, ab 11 Uhr in
der AnsprechBar, Siemensstraße 15,
Oberschöneweide**

10.000 neue Straßenbäume für Berlin Auch Ihrer könnte dabei sein!

Baumschulenweg und Johannisthal haben im Rahmen der Stadtbaumoffensive des Senats 36 neue Bäume erhalten. Im Heidekampweg wurden sechs Amberbäume gepflanzt, sechs Ahornbäume, drei Eschen und zwei Linden. Am Königsheideweg in Johannisthal wurden 19 Ahornbäume – Rotahorn und Spitzahorn - gepflanzt. Aber auch in anderen Kiezen wurden neue Bäume gepflanzt.

Die Stadtbaumoffensive des Senats startete 2012 und soll bis 2017 10.000 neue Bäume für Berlin bringen. Ein Baum kostet gut 1000,-€. Das kommt Ihnen sicher viel vor. Aber die Bäume sollten schon eine gewisse Mindest-

größe erreicht haben, wenn sie gepflanzt werden. Pflanzung, Sicherung und Wässerung in den ersten Jahren kosten zusätzlich. Für 500,-€ bekommen Sie Ihren Baum. Den Rest – also 500 bis 700 € gibt der Senat dazu. Sie dürfen Ihrem Baum ein Schild mit Ihrem Namen umhängen, wenn Sie möchten. Natürlich kann sich nicht jede/r beteiligen oder gar einen eigenen Baum sponsern. Deshalb werden auch kleine Spenden gesammelt und sobald 500,-€ zusammengekommen sind, kommt der Rest vom Senat und der nächste Baum ist gesichert. Sie haben Einfluss auf den Standort, auch bei kleinen Summen. Die Standorte der im

Rahmen der Initiative gepflanzten Bäume finden Sie auf einer Karte im Internet. Hier finden Sie auch die Standorte, für die noch Spender gesucht werden.

Der Bezirk, das Amt für Natur und Grünflächen, übernimmt die fachliche Koordination und Pflanzung. Im Rahmen der Kampagne konnten in Treptow-Köpenick in diesem Jahr insgesamt 150 Bäume gepflanzt werden, darunter viele in Köpenick, Altglienicke, Oberschöneweide, Friedrichshagen, Rahnsdorf und Schmöckwitz.

■ KAZ

Mietpreis? Bremsen!

Die Mietpreisbremse ist auf dem Weg

Im Wahlkampf noch an den Haustüren, Infoständen und Plakaten angekündigt, geht's nun voran und die SPD beendet Mietexplosionen in den Großstädten. Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) hat dazu am 20. März 2014 einen Gesetzesentwurf vorgelegt.

„Wir sind sehr froh, dass wir die Mietpreisbremse endlich auf den Weg bringen können. Angemessener Wohnraum muss für Normalverdiener überall in Deutschland erschwinglich sein – auch in den ‚Szenevierteln‘ der Ballungsgebiete. Das packt die SPD jetzt an“, so Yasmin Fahimi, Generalsekretärin der SPD.

Durch die Mietpreisbremse soll verhindert werden, dass Wiedervermietungen dazu genutzt werden, die Mieten exorbitant in die Höhe zu treiben, nur weil die knappe örtliche Marktlage es hergibt. Dadurch soll vor allem auch verhindert werden, dass das Wohnen für Normalverdiener in bestimmten Lagen unbezahlbar wird und sie gezwungen werden, auf preiswertere Standorte auszuweichen und lange Fahrtwege in Kauf zu nehmen. Die Mietpreisbremse soll damit zugleich dem Trend entgegenwirken, dass in bestimmten „Szenegebiet“ nur noch gut verdienende Menschen die Mieten zahlen können und die „bunte Mischung“ eines Stadtteils verloren geht.

Hierzu soll zukünftig die Miete bei Neuvermietungen nur noch um maximal zehn Prozent über den ortsüblichen Vergleichsmieten liegen dürfen. Erstvermietungen neu gebauter Wohnungen sollen davon ausgenommen bleiben, um den Wohnungsbau nicht zu gefährden.

Bisher können Eigentümerinnen und

Eigentümer bei der Wiedervermietung ihrer Wohnung den Preis praktisch frei festlegen. Dies führt in vielen Ballungszentren zu teils dramatischen Preissprüngen. Auch in Treptow-Köpenick gab es einige solcher Fälle.



Bild: Matthias Schmidt

Bundesjustizminister Heiko Maas ist zuversichtlich, dass die Mietpreisbremse auch den allgemeinen Anstieg der Mieten bremsen wird: „Nehmen wir das folgende Beispiel: Die bisherige Miete für die Wohnung A in einem Gebiet, das sich im Laufe der Jahre zu einem „Szenegebiet“ entwickelt hat, betrug 5,50€ / qm. Für vergleichbare Wohnungen werden bei Wiedervermietungen Preise von bis zu 9,00€ / qm erzielt, obwohl die ortsübliche Vergleichsmiete, die im örtlichen Mietspiegel dokumentiert ist, (nur) bei 6,00€ / qm liegt. Soll die Wohnung A nun (nach Inkrafttreten der Mietpreisbremse) wiedervermietet werden, kann der Vermieter die Miete auf höchstens 6,60€ / qm anheben. Hierdurch wird auch der Anstieg der Mieten im Mietspiegel gedämpft.“

Der Gesetzesentwurf muss nun durch das Gesetzgebungsverfahren gebracht werden. Der Bundestag muss beraten und auch der Bundesrat ist gefragt.

■ LD

Klaus Ulbricht zu Gast in Schmidts Ekke

Klaus Ulbricht ist den meisten Bürgerinnen und Bürgern noch immer gut bekannt. Von 1992 bis 2000 war er Bürgermeister von Köpenick. Ab 2001 bis 2006 war er der erste Bürgermeister des neuen Bezirks Treptow-Köpenick. Seine herzliche und direkte Art brachte ihm große Anerkennung ein.

Heute ist Klaus Ulbricht noch immer ehrenamtlich engagiert. Gemeinsam mit dem Sprechrat der AG 60+ der SPD Treptow-Köpenick kommt Klaus Ulbricht zur nächsten Frühstücksekke in Schmidts Ekke.

Samstag, 12. April 2014

von 11 bis 13 Uhr

Schmidts Ekke

Bei Brötchen und Kaffee wird über die Rentenreformen der großen Koalition diskutiert. In der letzten Ausgabe der Wahlkreiszeitung berichteten wir über die Eckpunkte.

■ LD

Sie wollen Schmidts ZeitungsEkke per Mail erhalten? Sie wollen mehr Informationen über die Arbeit von Matthias Schmidt und der SPD?

Schreiben Sie eine Mail an matthias.schmidt@bundestag.de

und wir nehmen Sie gern in unseren Verteiler auf.